

Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 23 (1999)

Rubrik: 1798-1848-1998 : Die Bedeutung der Jubiläen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1798 – 1848 – 1998: Die Bedeutung der Jubiläen

Die Kunst der gerechten Erinnerung

Peter von Matt*

Es ist nicht überall ganz geheuer im Kanton Aargau. Noch immer kann es geschehen, dass einem in der Nacht, wenn man allein unterwegs ist, plötzlich ein Reiter begegnet. Der sitzt auf einem gewaltigen Ross, gestiefelt und gespornt, und nebenher läuft ein weisses Hündchen. Der Boden dröhnt, die Sporen klirren, das Ross rast mit aufgerissenen Augen voran. Dem Reiter aber sitzt der Kopf verkehrt auf dem Leib, und seine Augen starren rückwärts in die Nacht. Vergebens sucht er den Kopf zu drehen. Immerzu muss er zurückblicken, als wäre dort etwas, was er nicht sehen will und doch nicht aus den Augen bringt.

Das ist der Stiefelreiter. Man kennt seine Geschichte. Ein Verbrechen hat er begangen gegen Recht und Gesetz und gegen die Menschlichkeit. Falsch geschworen hat er, aus Geldgier, und weil er unfähig war zu Mitgefühl. Jetzt starrt er zurück in seine Vergangenheit und bringt sie nicht mehr los. So kann es einem ganzen Land mit seiner Geschichte gehen. Es sollte nach vorn schauen, frei, entscheidungsfreudig, mit Lust an der Zukunft und kühnen Plänen im Herzen. Aber eine furchtbare Gewalt hat ihm den Kopf umgedreht auf dem Rumpf. Es weiss nicht, wo es hinsprengt in der Nacht. Es sieht nur, was war, und begreift nicht, was es damit anfangen soll. So zurückschauen zu müssen, ist ein Fluch, und die berühmte Aargauer Sage vom Stiefelreiter ist nichts anderes als die Geschichte von einem Mann, der zur Erinnerung verflucht wurde.

Wie aber kann man zur Erinnerung überhaupt verflucht sein? Gehört denn die Kraft des Gedenkens nicht zum Höchsten im Menschen? Was wären wir ohne Erinnerung? Hängt nicht alles Selbstvertrauen, alle Selbstsicherheit, hängt nicht die Identität überhaupt von der Fähigkeit des Zurückdenkens ab? Ich bin, der ich war. Das ist ein einfacher Satz und ein schwieriger Satz. Er ist leicht zu widerlegen. Ich habe mich ja verändert. Aber die Widerlegung beweist ihn von neuem. Ich habe mich ja verändert.

Was vom einzelnen Menschen gilt, gilt auch von jedem grösseren Ganzen, zu dem er gehört. Was vom Ich gilt, gilt auch vom Wir. Sobald ich «wir» sage, ereignet sich bereits Erinnerung. «Weisch no...?», heisst es jedesmal, wenn Leute, die auf irgendeine Art zusammengehören, einander nach langer Zeit wieder sehen. «Weisch no...?» – diese einfachste Formel für das gemeinsame Zurückdenken ist stets auch ein Akt der gemeinsamen Selbstfindung.

* Rede zum Gedenkakt «200 Jahre moderne Schweiz», Aarau, 17. Januar 1998

Wir sind, die wir waren. Und wer kennt nicht das Vergnügen, das auszubrechen pflegt nach diesem ersten «Weisch no...?» Jetzt kommen die farbigen Geschichten, kommt die Freude an den Geschichten und am Erzählen und Zuhören. «Weisch no...?» Wie man es damals getrieben hat, und wie man es dem gegeben hat, und wie man die hinters Licht führte, und wie sie dann ein Gesicht machte, und wie der aus allen Wolken fiel... Und was waren wir doch einst für eine prächtige Bande alle zusammen!

Der Schritt vom Kreis dieser fröhlichen Erzählerinnen und herzhaften Prahler hinüber zu den ernstesten Geschichtsschreibern ist weniger weit, als man denken würde. Auch die Geschichtsschreiber suchen die historische Wahrheit nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil diese Wahrheit ihre Funktion hat in der politischen Gemeinschaft. Auch die politische Gemeinschaft ist, was sie war, und sie weiss nur, was sie ist, wenn sie weiss, was sie war. Und auch die politische Gemeinschaft neigt nicht selten dazu, von den Historikerinnen und Historikern bloss das eine hören zu wollen: Was wir doch einst für eine prächtige Bande waren alle zusammen.

So unvernünftig ist der Wunsch gar nicht. Denn die Begeisterung über die gemeinsame Vergangenheit begründet spielend, in rauschenden Aufschwüngen, die Selbstvergewisserung und das Selbstvertrauen. Diese aber bilden die Grundlage für die Lust an der Zukunft und den Mut, sie zu gestalten. Soweit wir zurückblicken in der Geschichte der Menschheit, sehen wir deshalb immer und überall den gleichen Vorgang: Der neu eingerichtete Staat, wenn er einmal die äusseren Feinde erschlagen und die inneren aufgehängt hat, bietet seine Erzähler und Geschichtsschreiber auf, damit sie ihm eine glorreiche Vergangenheit schaffen. Von den Ursprüngen sollen sie erzählen, lautstark und farbig, auch wenn sich dabei die Balken biegen. Schaudernd, erschrocken, hingerissen vernehmen die Menschen dann von den Taten ihrer Vorfahren und erleben dabei, wer sie selber sind. Und gerne kommen sie an den Orten zusammen, wo sich die grossen Dinge einst abgespielt haben, und gedenken der Ereignisse, um sich miteinander ihrer Zusammengehörigkeit zu versichern.

Das ist kein Narrenspiel. Das ist ein Grundvorgang der politischen Kultur. Am Ende der Helvetik, als die junge Verfassung schon wieder in Fetzen lag, als es in der Schweiz zuging wie auf einem brennenden Piratenschiff und jeder dem andern das Messer an den Hals setzte, als die Freiheitsbäume aufgerichtet und umgelegt und wieder aufgerichtet und wieder umgelegt wurden, da erhielt unser Land gleichzeitig zwei Geschenke, unverdient: Es erhielt vom politischen Genie des Franzosen Napoleon die Verfassung der Mediation, die ein Zusammenleben überhaupt wieder möglich machte, und es erhielt vom dichterischen Genie Friedrich Schiller das Schauspiel «Wilhelm Tell», das uns, lautstark und farbig, vor aller Welt eine glorreiche

Vergangenheit bescheinigte. Wir haben beides angenommen, ohne falsche Bescheidenheit, so wie wir unverdienten Geschenken gegenüber ja nie besonders zurückhaltend waren. Zu den ältesten Wahlsprüchen der Schweiz gehört der leicht veränderte Satz aus der Bibel: «Der Herr hat's gegeben, wir haben's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!»

Diese Gleichzeitigkeit einer tauglichen, wenn auch befohlenen Verfassung und eines grandiosen, wenn auch importierten Kunstwerks der Erinnerung mag ein historischer Zufall sein, eminent aussagekräftig ist sie dennoch. Denn es zeigt sich daran, wie untrennbar jede wirkungsfähige Politik mit dem schöpferischen Gedächtnis verbunden ist.

Schöpferisches Gedächtnis – ich brauche dieses Wort mit Überlegung. Die Vergangenheit nämlich ist uns nie einfach gegeben. Auch die scharfsinnigsten Historikerkommissionen an den längsten Tischen mit den grössten Archiven im Rücken können uns nie die Vergangenheit geben, ein für allemal: so war's, und nun wissen wir's, und damit basta. Das Wissen allein genügt nicht. Das Wissen muss erlebt, erfahren, muss aufgenommen werden in die Ganzheit unserer Person. Man sagt so gern: Die Fakten müssen auf den Tisch! Sicher, das müssen sie, aber dann fängt die Aufgabe erst an: das Verstehen der Fakten, das Begreifen und Verbinden der Fakten zu grossen Zusammenhängen. Jetzt fängt die Aufgabe an, den Sinn zu gewinnen, den diese Fakten für uns heute haben. Solcher Sinn ist über Dokumente, Statistiken und Dossiers allein nicht zu erreichen. Die historische Wahrheit setzt eine freie Seele und einen gestaltenden Geist voraus – das schöpferische Gedächtnis. Und dies ist eine Aufgabe für alle, nicht nur für die Historikerinnen und Historiker, die sich in den Kavernen unserer Archive abrackern. Bürger eines demokratischen Staates zu sein heisst mehr als Abstimmen und Wählen. Es heisst auch, aus der Bedrängnis der eigenen Zeit heraus die Vergangenheit dieses Staates so für die Gegenwart zu gewinnen – in einem Akt, welcher Wissenschaft und Kunst zugleich ist –, dass sich daraus ein festes Bewusstsein der eigenen Existenz im Strom und Strudel der Geschichte ergibt – erlebte politische Identität. Der demokratische Staat gehört zu den höchsten Errungenschaften, die es auf unserem gequälten Planeten gibt, und wo er existiert, ist er auch der zustimmenden Gefühle seiner Bürgerinnen und Bürger wert, einer vernunftgelenkten, herzlichen Zuneigung.

Der Stiefelreiter, der durch die Nacht rast, den Kopf verkehrt auf dem Rumpf, sieht seine Vergangenheit und sieht nichts anderes mehr. Er flieht vor seiner Schuld, seinem Verbrechen, seiner Unmenschlichkeit, aber dies alles tanzt wie Gespenster hinter ihm her, tanzt in gleicher Geschwindigkeit an seiner Seite, zusammen mit dem weissen Hündlein. Er hat die Freiheit der Seele und die Schöpferkraft der Erinnerung verloren, und je schneller er flieht, um so mehr kommt er sich selbst abhanden.

Meine Damen und Herren. Wir sind hier versammelt, um uns zu erinnern, stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – wir sind Delegierte des Gedenkens. Wir schauen zurück auf die Helvetik, von der man sagen kann, dass sie genau an diesem 17. Januar vor 200 Jahren begann, als die Liestaler den ersten Freiheitsbaum aufrichteten und den Tellenhut oben draufsteckten – so wie man sich damals den Hut von Wilhelm Tell eben vorstellte: breitrandig und mit dicken, farbigen Federbüschen garniert. Zur Beleuchtung brannten einige Schlösser in der Landschaft. Und wenig später konstituierte sich hier in Aarau das Parlament des neuen Staates. Dass die Erinnerung eine Aufgabe ist, dass die Vergangenheit von uns gestaltet werden muss aus der Erfahrung der Gegenwart heraus, zeigt sich selten so deutlich wie angesichts der Helvetik. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Doch wer sich auf sie einlässt, dem surren sie bald einmal um die Ohren wie die Wespen. Jeder findet den Beweis, den er sucht – sei es für die arge Unterdrückung, sei es für die hochgemute Freiheit.

«Zürich, im ersten Jahre der schweizerischen Sklaverei, den 10. Mai 1798», so unterzeichnete der berühmteste Zürcher, Johann Caspar Lavater, einen Protestbrief an die französische Regierung. Aber – zur gleichen Zeit erhielt die Schweiz erstmals in der Geschichte eine Verfassung, die von Schweizern gewollt und von Schweizern entworfen war. Aber – diese Verfassung wurde von der französischen Regierung umformuliert und dem Land mit Waffengewalt aufgezwungen. Aber – das Gesetzeswerk beseitigte endlich das Regiment der Städte über die Landschaften und erklärte alle Bürger der Schweiz zu Menschen gleichen Rechts. Aber – dabei wurden aus den souveränen Kantonen blosse Verwaltungsdistrikte, und alte demokratische Rechte fegte man vom Tisch, als wären sie dummes Zeug. Aber – eine Horde von Landvögten, die überall auf massiven Schlössern sass und Steuern einzog mit Fingern von unterschiedlicher Länge, rutschte endlich von den Sesseln und fuhr unter dem Jubel der Bevölkerung von dannen. Aber – das Volk durfte seine Richter und Regierungen nicht direkt wählen, sondern nur Wahlmänner bestimmen, die dann an den Wahlen beteiligt wurden. Aber – die Juden in der Schweiz erhielten Rechte und Freiheiten, wie sie ihnen nicht einmal die Bundesverfassung von 1848 wieder zugestand. Aber – Schweizer Bürger wie alle andern Schweizer durften diese Schweizer trotzdem nicht sein. Aber – erstmals galt jetzt in diesem Land die Freiheit der Presse, die Glaubens- und Gewissensfreiheit wurde festgeschrieben und die Folter abgeschafft. Aber – die Klöster durften keine neuen Mönche mehr aufnehmen, und die Wallfahrten, wo man sich neben Gottes Segen stets auch ein paar vergnügte Tage verschaffte, wurden verboten. Aber – die Führer der Helvetik erklärten die Bildung des Volkes zur schönsten Aufgabe des Staates und begründeten die allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Knaben.

Aber – die Schutzmacht Frankreich plünderte die Staatskassen der reichen Kantone, führte das Gold in soliden Karren nach Paris und schickte sogar die Bären aus dem Bärengraben hintennach, zu kulinarischen Zwecken. Aber – zum ersten Mal in der Geschichte besass die Schweiz jetzt eine gewählte Landesregierung, fünfköpfig, bestehend aus einem Basler, einem Waadtländer, einem Solothurner, einem Berner und einem Luzerner. Aber – diese Regierung zögerte nicht, französische Truppen in die Täler zu schicken, die sich nicht fügen wollten, und deren Aufstände blutig niederzuschlagen. Aber – das Elend der Besiegten wurde durch landesweite Hilfsmassnahmen gelindert, und die Regierung sandte ihren besten Kopf, Johann Heinrich Pestalozzi, den erleuchteten Geist im Aufzug eines Clochards, als Helfer und Lehrer in das geschändete Stans.

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Die Zeugnisse und Dokumente füllen Bände. Das macht uns die Erinnerung nicht leichter. In der Rückschau kann einem die Helvetik sogar als ein einziger, ungeheuerlicher Tumult voller Brand und Pulverdampf erscheinen. Die Landesgrenzen sind durchlässig. Französische Armeen dringen über den Jura herein, die Österreicher über den Rhein, die Russen über die Alpen. Und das kracht aufeinander vor den Toren der vergelsterten Stadt Zürich, welche diese Truppen auch noch versorgen muss. Dabei hätte sie doch lieber etwas verdient an dem grimmigen Tourismus. Und wenn wir heute in Paris unter dem Arc de Triomphe stehen, wo alle glorreichen Schlachten eingemeisselt sind, und plötzlich lesen wir zwischen den donnernden Namen «Austerlitz» und «Marengo» und «Borodino» meterhoch geschrieben: «Dietikon», und gleich daneben: «Muotathal», dann wissen wir erst recht nicht mehr, sollen wir uns nun in die Brust werfen über soviel Weltruhm, oder ist uns dieser Weltruhm eher etwas peinlich.

Das ist das Grandiose an der Helvetik, dass sie unsere abschliessenden Deutungen immerzu scheitern lässt. Hier erfahren wir gründlich die Grenzen der Selbstherrlichkeit, mit der wir der Geschichte so gern gegenüberreten. Und selbst wenn wir dabeigewesen wären und zu einander sagen könnten: «Weisch no...?», wir wären um nichts besser beschlagen. Zeitgenossenschaft allein macht noch keine Experten. Das Gedächtnis muss schöpferisch sein. Das heisst: es hat den Entscheid zu treffen, was uns diese Epoche gelten soll und warum wir ihrer mit Respekt und Dankbarkeit gedenken wollen.

Dieser Entscheid ist ein ethischer Akt. Er hängt ab von dem, wozu wir uns heute politisch und moralisch bekennen. Die Revolution von 1798, die im Kern von Schweizern gewollt und von Schweizern gemacht, von Schweizerinnen mitgewollt und mitgetragen wurde, entsprang der gewaltigsten Einsicht der Zeit: dass dem Menschen sein Denken nicht befohlen werden kann.

Von diesem Blitz, der durch das Gehirn des Jahrhunderts zuckte, leitet sich alles andere her: die Idee der gleichen Rechte, und dass keiner von Geburt oder Geld aus Herr sein darf über den andern, und dass einer, der es trotzdem sein will, abfahren muss. Im Ja zu diesen Grundsätzen, zur Gerechtigkeit aufgrund der Menschenrechte, ist 1798 ein Teil unserer aktuellsten Gegenwart.

Der Blitz, der durch das Gehirn des Jahrhunderts zuckte, liess vor 200 Jahren die Freiheitsbäume in der Schweiz aus dem Boden schiessen, vom Waadtland bis in den Thurgau, von Basel bis ins Tessin, vom Unterwallis bis ins Toggenburg und nicht zuletzt im tapferen, tatkräftigen Aargau. – Und im Namen der Freiheit wurden sie dann wieder umgesägt.

Das ist der Pferdefuss der Sache. Kaum ist das Denken frei, wird die Freiheit auch schon verschieden gedacht. Und entsprechend verschieden sieht die politische Praxis aus. Zuerst steht Gedanke gegen Gedanke, dann Überzeugung gegen Überzeugung, dann Forderung gegen Forderung, dann Bajonett gegen Bajonett. Die Helvetik hat das erlebt. Der Wille zur Freiheit muss mit dem Bürgerkrieg rechnen. Auch das gilt es hier zu studieren. Nie ist uns die Freiheit ein für allemal gegeben, so wenig wie die Wahrheit der Geschichte. Die Freiheit ist ein Prozess ohne Ende, langsam und gefährlich. Immer läuft eine Blutspur mit. Auch am Weg der modernen Schweiz, von 1798 bis 1848, von 1848 bis 1998, liegen Tote. Wir können diese Toten sehen wollen oder nicht. Wir können die chronische Gewalt vergessen über den eminenten Leistungen der Versöhnung, welche die Schweiz erbracht hat, aber wir haben das eigentlich nicht nötig. Vergessen ist keine Kunst, Kunst ist die gerechte Erinnerung. Dieses Land ist heute so weit, dass es in ruhigem Ernst auf alles zurückblicken kann, auf die grossen Werke seiner politischen Kultur wie auch auf das Böse und die Schuld, und alles annehmen kann als Teil seiner selbst. Nur dann sitzt ihm der Kopf beweglich, frei und furchtlos auf den Schultern. Dann aber ist es auch bereit für das grosse Projekt der Zukunft – mit alten Nachbarschaften und neuen Bündnen, mit alter Gerechtigkeit in einer neuen, geldbesessenen Arbeitswelt, mit alter Herzlichkeit zu neuen, buntgemischten Landsleuten, mit altem Trotz gegenüber neuer Arroganz und mit altem Helferwillen in einer neuen, weltverschvisterten Solidarität.

Weg der Vernunft in die Modernität

Vom Kampf um die Quellen der Wahrheit zur Gründung des Bundesstaates

Hansjörg Siegenthaler*

Was bedeutet die Gründung des modernen Bundesstaates im Jahre 1848 für die seitherige Geschichte unseres Landes? Und was bedeuten die Vorgänge des Jahres 1848 und die Vorgänge der unmittelbaren Vorperiode von 1848 von einigen wenigen Jahren für die Gründung des Bundesstaates? 1848 vollzog sich in der Schweiz ein radikaler Wandel der Entscheidungsregeln des politischen Systems. Solcher Wandel vollzieht sich selten. Es ist schwierig, ihn herbeizuführen, und zwar auch dann, wenn viele einzelne exzellente Gründe dafür haben – oder dafür zu haben meinen –, ihn herbeizuführen. Man muss sich, man darf sich darüber wundern, dass sich 1848 ein solcher Wandel vollzog. Und man darf sich darüber freuen, dass 1848 in der Schweiz, anders als in den angrenzenden Ländern, eine Verfassung zustande kam, die auch heute noch überzeugten Verfassungspatriotismus wecken kann. Eine Verfassung notabene, die sich französischem und amerikanischem Einfluss weit und ohne Berührungsängste öffnete. Die schweizerische Rechtstradition rückte damit in neue Interpretationszusammenhänge, in universalistische nämlich. Und die Schweiz wurde so auf lange Sicht nicht etwa zum Sonderfall, sondern zum Normalfall eines modernen Staatswesens.

Was macht 1848 wichtig für 150 Jahre Schweizer Geschichte? Mit der Gründung des Bundesstaates hat man bundesstaatliches Verfassungsrecht für künftige Revisionen geöffnet. Die Revisionsverfahren regelte man so, dass massive Interventionen in die etablierte Ordnung wenig Chancen hatten. So wurde institutioneller Wandel möglich bei hoher institutioneller Stabilität. Das milderte das Dilemma, in dem sich die notorisch lernbedürftigen und ebenso stabilitätsbedürftigen modernen Gesellschaften befinden. Dabei sind Grundregeln verfassungsmässiger Ordnung so entschieden worden, dass man mit ihnen 150 Jahre lang hat leben können: Wirklich schwerwiegende Verfassungskämpfe blieben der Schweiz daher erspart, nicht zuletzt Kämpfe um die nationale Einheit in einem europäischen Kontext, in dem das mentale Konstrukt der «Sprachnation» die Gemüter beherrscht und in Bewegung versetzt hat. Man muss kontrafaktischer Phantasie freien Lauf lassen, um sich auszumalen, wie sich die Sprachregionen der Schweiz mit

* Referat an der AGGS-Tagung «1848 und der Beitrag der Geschichtswissenschaft», Bern, 13. März 1998

sprachnationalistischer Ideologie des späteren 19. Jahrhunderts auseinandergesetzt hätten, wenn sie nicht schon zu routinierten Praktikanten multi-kultureller Verständigung geworden wären.

Man darf sich über die Gründung des Bundesstaates freuen, und man muss sich, wie gesagt, wundern über sie. Man sollte der Versuchung widerstehen, die Gründung des Bundesstaates für eine wenig verwunderliche Sache zu halten nur deshalb, weil man sie im nachhinein für eine angemessene Lösung der Probleme jener Zeit verstehen kann. Aber nicht immer und überall widersteht man dieser Versuchung. Man gibt uns zu bedenken, es habe sich die Geschichte der Schweiz seit dem 18. Jahrhundert wenn auch nicht kontinuierlich, so doch im Sinne eines gerichteten Wandels auf den nationalen Verfassungsstaat vom Jahre 1848 zubewegt. Und in der Tat lässt sich eine Jahrzehnte währende Entwicklung in durchaus sinnfälliger Art und Weise als sukzessive Komplettierung einer Konstellation beschreiben, die alles einschloss, was früher oder später zur Gründung des Bundesstaates drängen musste, d.h. die Gründung ebenso möglich wie wünschbar machte. Institutioneller Wandel auf der Ebene der Kantone, Organisation öffentlicher Meinungsbildung im Vereins- und Medienwesen, Formation und Diffusion neuer staatstheoretischer Überzeugungen, wachsende Bereitschaft, auf die Karte irreversibler Veränderungen wirtschaftlicher Verhältnisse zu setzen und die Wirtschaftsverfassung an solche Veränderung anzupassen: All dies und vieles mehr wirkte in solcher Richtung.

Überdies erlebte man über Jahrzehnte hinweg, dass die Entscheidungsregeln des Staatswesens und des Wirtschaftslebens ein Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung und politischer Intervention sein konnten. So gewöhnte man sich daran, für die nahe Zukunft institutionellen Wandel zu antizipieren und sich als Alltagstheorie anzueignen, was in der Perspektive des Historikers zum Schema retrospektiver Interpretation werden kann: ein challenge-response-Modell nämlich, ein Modell der zweckmässigen Anpassung institutioneller Ordnung an Problemlagen.

Soll man die institutionellen Ordnungen des Bundes als response auf den challenge neuer ökonomischer Problemlagen verstehen? Man weiss es natürlich: Nicht jedem challenge folgt ein angemessener response, nicht jeder Problemlage passt sich die institutionelle Ordnung zweckmässig an. Wenn sie sich immer zweckmässig anpassen würde, gäbe es weniger Not auf dieser Erde. Das ist so offenkundig, dass es sehr verführerische Gründe für die gleichwohl verbreitete Neigung geben muss, in Kategorien des challenge-response-Modells zu denken. Auf solche Gründe sei immerhin ganz knapp verwiesen: Die Strukturgeschichte hat sich unter dem Einfluss der Annales-Schule bekanntlich daran gewöhnt, den strukturellen Wandel als eine Sache der *longue durée* zu behandeln und die Ereignisgeschichte als strukturierte

Bewegtheit aufzufassen, die ihrerseits höchstens langfristig auf Struktur zurückwirkt. Tiefgreifender Verfassungswandel betrifft die *longue durée* in solcher Perspektive und findet seine Erklärung in Tiefenströmungen langfristigen Wandels. Man verliere, so meint man, den Blick für diese Tiefenströmungen, wenn man Verfassungswandel in Zeitstrukturen der Ereignisgeschichte einbettet.

Und genau davor, vor Einbettung einer Interpretation des Verfassungswandels in die Zeitstrukturen der Ereignisgeschichte, scheint nun eben ein challenge-response-Modell zu bewahren, das beides, den strukturellen challenge wie den strukturellen response, auf die *longue durée* bezieht. In dieser Sicht der Dinge wird 1848 mitsamt jener Ereignisfolge der Vorjahre, die zur Gründung des Bundesstaates hinführt, zu einem Oberflächengekräusel über den Tiefenströmungen eines Modernisierungsprozesses, zu dem Rechtspositivierung und Demokratisierung gehört haben, in dem sie sich herstellten, etwas früher oder später, weil sie dem Prozess und seinen Problemen angemessen waren.

Nun hat eben diese Sicht der Dinge während der letzten beiden Dekaden doch sehr viel an Glanz eingebüsst. Man ist misstrauisch geworden gegenüber fast allem, was zu ihr gehört. Man lehnt den Strukturdeterminismus ab, den das challenge-response-Modell einschliesst, die Vorstellung, es ergebe sich aus Problemlagen die angemessene institutionelle Problemlösung. Man kann die doch äusserst voraussetzungsreiche These nicht mehr akzeptieren, es bedeute Modernisierung die fortschreitende und wechselseitige Anpassung institutioneller Ordnung insbesondere der Wirtschaft und der Politik. Und vor allem: Man gibt sich nicht mehr zufrieden mit Interpretationen, die auf den Makroebenen gesellschaftlicher Grosssysteme angesiedelt sind, weil man eingesehen hat, dass sie, auch wenn sie sich noch so theoriehaltig geben, nichts sind als hypothetische Vorgriffe auf die Beschreibung singulärer Tatbestände.

Ein Wechsel von der Makro- zur Mikroebene, zur Ebene zunächst individuellen, dann auch kollektiven, absichtsvollen und bewusstseinsgesteuerten Handelns verweist die Geschichtswissenschaft auf entsprechende Handlungstheorien. Nicht wenige Historikerinnen und Historiker haben es dabei durchaus nützlich gefunden, sich an das anzulehnen, was die Ökonomen unter dem Titel «Rational Choice» zur ahistorischen Lehre von menschlichem Handeln schlechthin entwickelt haben. Diese Lehre hat sich nicht zuletzt in historischer Arbeit sehr bewährt, und dies gerade deshalb, weil sie als eine ahistorische Lehre dazu anleitet, auch noch die überraschendsten Ereignisse auf Regeln des Handelns zu beziehen, die überraschungsresistent bleiben. Dabei ergibt sich neue Gemeinsamkeit ökonomischer und historischer Arbeit im Bestreben, das ahistorische Handlungsmodell kulturalistisch

so aufzurüsten, dass es einer gemeinsam formulierten Aufgabe, nämlich der Interpretation historischen Wandels, gerecht wird.

Es gibt kein anderes Problemfeld, das sich als Gegenstand einer kulturalistisch aufgerüsteten ökonomischen Handlungstheorie besser eignen würde, als unsere Frage nach der Bedeutung der Vorgänge von 1848 bzw. der unmittelbaren Vorperiode für die Gründung des Bundesstaates. Probleme institutioneller Ordnung lösen sich nicht schon deshalb, weil es sie gibt. Es genügt auch nicht die Einsicht einiger Menschen in die Wünschbarkeit einer neuen Ordnung, selbst wenn sich diese Einsicht mit klarsten Vorstellungen darüber paart, wie die neue Ordnung auszusehen habe.

Der wichtigste und auch hinreichende Grund dafür, dass Problemverständnis und Lösungsmuster allein noch nichts bewegen, besteht im eklatanten Mangel an individueller Handlungsbereitschaft, wenn einsichtige Menschen nur gerade daran interessiert sind, dass sich die wünschbare neue Ordnung herstellt, ohne ein persönliches Interesse daran zu haben, zur Herstellung der neuen Ordnung auch wirklich beizutragen. Das sind eben zwei Paar Stiefel, wie uns die Ökonomie lehrt: das Interesse an einer neuen Ordnung und das Interesse daran, zur Herbeiführung dieser Ordnung Kosten zu tragen, persönliche Ambitionen zurückzustellen, Zeit aufzuwenden für die gemeinsame Sache des institutionellen Wandels.

Man kann sogar sagen, dass dort, wo sehr viele Menschen den Texten ihre Zustimmung erteilen, die die Wünschbarkeit des Wandels feststellen und Lösungsmuster anbieten, die Handlungsbereitschaft noch lange nicht wächst, sondern vielleicht sogar abnimmt: Allein bewegt man in solcher Lage gar nichts, also hält man sich zurück, und erst recht darf man sich zurückhalten, wenn es fast zur Selbstverständlichkeit wird, dass in Zukunft etwas geschieht. Klärung von Problem- und Interessenlagen und Klärung realisierbarer Lösungsmuster sind keine hinreichende Voraussetzung für die Transformation sozialer Gruppen oder Schichten in «Aktionsgemeinschaften». Was macht eine Personengemeinschaft zu einer «Aktionsgemeinschaft», zu einer Gruppe, die mit voller Unterstützung ihrer Angehörigen kollektive Ziele verfolgt?

Eine Personengemeinschaft wird zur handlungsfähigen «Aktionsgemeinschaft», wenn die Aktion als solche und nicht ihr Ziel für alle Beteiligten zu einer wünschbaren Sache wird, wenn es nicht mehr so sehr darauf ankommt, dass sich die institutionelle Ordnung ändert, sondern in erster Linie darauf, dass man sich selber ändert als ein Mensch, der mit anderen die Ordnung der Dinge ändert. Da mag nun vieles hineinspielen, was den einzelnen zur Solidarität mit seiner «Aktionsgemeinschaft» führt. Aber immer wieder befindet sich sehr viel Evidenz im Einklang mit der These, man werde vor allem dann sehr gesellig und zur Integration in Prozesse kollektiven Handelns

fähig, wenn man Menschen braucht, mit denen man sich versteht. Und solche Menschen braucht man, wenn die Welt sich vertrauter Interpretation entzieht und man Mühe hat, aus Erfahrung klüger zu werden in bezug auf den Gang der Dinge in der Zukunft.

Auch die Vorgänge, die zur Gründung des Bundesstaates hinführten, befinden sich mit der These im Einklang. Zwei Dinge möchte ich zur Prüfung der These ansprechen: die Bedeutung des Kampfes um die Quellen der Wahrheit, der sich während der vierziger Jahren so dramatisch verschärft hat, und die Bedeutung des Kampfes um die Wirtschaftsverfassung, der zwar grosse Wirkung zeitigte, aber im kritischen Zeitraum kaum geführt wurde. Um die Ergebnisse vorwegzunehmen: Man hat mit Leib und Seele und mit der Waffe in der Hand um die Quellen der Wahrheit gekämpft, und dieser Kampf hat die Menschen in so hohem Masse mobilisiert, dass erst die militärische Auseinandersetzung eine dezisionistische Entscheidung herbeiführen und auf Jahre hinaus die Spielregeln dieses Kampfes festlegen konnte. Der Sieg des liberal-demokratischen Lagers stellte dann das Gefährt bereit, auf dem sich die reife Frucht einer neuen institutionellen Ordnung in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts einfahren liess.

Man prügelte sich um der Wahrheit willen, dann ordnete man das Kleid der institutionellen Ordnung. Die Wahrheit hatte den Vorrang vor den ökonomischen Interessen: aus ökonomischen Gründen notabene, weil die ökonomischen Interessen rational handelnde Akteure noch nicht zur «Aktionsgemeinschaft» zusammenführen. Und aus eminentem Interesse an der Wahrheitsfrage heraus, die schon deshalb den Vorrang hat gegenüber den sogenannten ökonomischen Interessen, weil keiner weiss, woran er interessiert sein soll, solange die Wahrheitsfrage offenbleibt. Dabei war diese Wahrheitsfrage nicht die Frage nach der Angemessenheit dieser oder jener konfessionellen Überzeugung. Auch haben sich im Straussenhandel, in der Klosterfrage, in der Jesuitenfrage nicht unbelehrbare Obskurantisten und aufgeschlossene Rationalisten bekämpft. Hier wie dort litt man an der Unübersichtlichkeit der Welt und an der Tatsache, dass traditioneller Offenbarungsglaube an Selbstverständlichkeit verloren, neue Rationalität über hinreichende Selbstverständlichkeit noch nicht gewonnen hatte. Man versteht die damalige Zeit überhaupt nicht, wenn man dieses doppelte Leiden nicht ernst nimmt. Man versteht weder die Schärfe des Kampfes noch seine gewaltigen Mobilisierungserfolge, noch die Radikalität der Lösungsvorschläge, solange man sich nicht selber sensibilisiert für die Zumutungen, die eine neue Vernunftgläubigkeit für traditionellen Erfahrungsglauben bedeutete. Vielleicht geniessen wir hier heute die Früchte einer Wissenschaftsskepsis, die uns darüber belehrt hat, dass Wissenschaftlichkeit sehr viel Nützliches hervorbringt, nur keine letzten Gewissheiten. Die Trigono-

metrisierung der Schweiz, wie man sie vor 1848 betrieb, war kein perfektes Substitut für Offenbarungsglauben.

Was hatte damals der ultramontane katholische Konservatismus den Unsicherheiten der Zeit entgegenzusetzen? Wie begegnete man im liberal-radikalen Lager den Zweifeln an der eigenen Sache? Im Papsttum verband sich eine durchaus breit abgestützte Meinungsbildung mit der dezisionistischen Komponente des päpstlichen Erlasses im Problem- und Konfliktfall. Man sollte nicht übersehen, wie leistungsfähig diese Regelung gerade in einer Zeit des Umbruchs war: Hier empfahl sich ein Gefüge von Verfahrensregeln, das sich seit eh und je vorzüglich bewährt hat im Umgang mit der grenzenlosen Komplexität dessen, was durch die Kirche primär zu ordnen war, der Sache des Heiligen nämlich, die, so Niklas Luhmann, vor allen anderen Handlungssystemen nach Institutionalisierung verlangt.

Die Modernisierer zählten auf Vernunft und machten sie gleichzeitig zum Problem. Denn diese lieferte zweckmässige Handlungsanweisungen keineswegs in einer für jedermann unmittelbar einleuchtenden Art und Weise. Sie stellte sich, und dies war erfahrbar, recht flexibel in den Dienst dieser oder jener Weltdeutung, dieser oder jener Interpretation handlungsleitender Interessenlagen. Der Streit der Meinungen war häufig genug auch im öffentlich inszenierten Gespräch nicht leicht oder überhaupt nicht beizulegen. Und jene Vertrauensseligkeit, mit der man in der Demokratischen Bewegung die Wahrheitsfindung der demokratisch verfassten Willensbildung überliess, war noch wenig verbreitet. Lieber setzte man auf die Karte der individuellen Kompetenz demokratisch gewählter Repräsentanten und damit auf die Karte des persönlichen Vertrauens in diesen oder jenen Menschen. War solches Vertrauen vertrauenswürdig? Das musste sich erst weisen, in konkreten Erfahrungen von Tag zu Tag, in konkretem Umgang mit den Problemen der Zeit, in vielerlei Exerzitien und Fingerübungen auf dem gradus ad parnassum rationaler Weltgestaltung. Je näher man sich dabei stand, je unmittelbarer man sich ansprach, je häufiger man Dinge zu hören bekam, die man gerne hörte, um so leichter vertiefte sich persönliches Vertrauen als eine Grundlage auch wachsenden Vertrauens in die Vernünftigkeit dessen, was vertraute Menschen schliesslich entschieden.

Gewiss hat man zu Recht betont, dass Klostersaufhebung und Jesuitenberufung hervorragend dazu geeignet waren, um hier wie dort die «Aktionsgemeinschaften» enger zu schmieden und die Solidarität der Menschen mit der gemeinsamen Sache zu stärken. Aber dazu waren sie eben nur geeignet, weil es so sehr darauf ankam, im weiterhin nagenden Zweifel an der Lauterkeit der Quellen der Wahrheit wenigstens klarer zu sehen, wie gross die Gefahr noch blieb, für die eigene Quelle, wie klar oder trübe sie auch immer war, gar nicht mehr optieren zu können. Schon die Badener Beschlüsse

waren eine unerträgliche Verletzung der tiefsten Überzeugungen vieler Katholiken gewesen; und andererseits war die Jesuitenfrage eine der kardinalen Fragen der Zeit: Ausserhalb des ultramontanen konservativen Lagers drohte seitens der Jesuiten echte Gefahr für wenig gefestigte vernunftreligiöse Überzeugungen.

Haben wir uns mit diesen Überlegungen auf die Seite jener zeitgenössischen Beobachter des liberal-radikalen Lagers geschlagen, die für sich und für die Kräfte der Modernisierung verfassungsmässiger Ordnung ideelle Motive beansprucht und materielle Motive abgestritten haben? Betont haben wir die zeitliche und sachliche Priorität, die der Klärung dessen zukam, was wir als «Quellen der Wahrheit» ansprachen. Diese Priorität ergibt sich für uns aus der theoretisch begründeten Einsicht in die Bedeutung, die dem Kampf um die Quellen der Wahrheit für die Transformation von losen sozialen Gruppierungen in Aktions- und Kampfgemeinschaften zukam, einem Kampf, der auf Biegen oder Brechen geführt wurde und Machtverhältnisse begründete, die die Modernisierung der institutionellen Ordnung im Sinne des liberal-radikalen Lagers zum Kinderspiel machten.

Hier endlich fanden sich Leute genug, die mit dem kleinen Finger bewegten, was schon in Bewegung versetzt worden war: durch Formulierung der vielen technischen Details des bundesstaatlichen Fiskalwesens etwa. Den kleinen Finger zu rühren, dazu ist man sogar dann bereit, wenn es bloss um die institutionelle Ordnung geht. Die Faust macht man um der Wahrheit willen, wenn diese wirklich zum Problem vieler Menschen wird. Ohne Klärung der Wahrheitsfrage weiss man nicht, wann man und wozu man den kleinen Finger rühren soll.

La réintégration de la Suisse à l'histoire

Les enjeux du passé entre savoir, mémoire et pouvoir

Brigitte Studer*

L'image d'une Suisse qui, tel un bloc erratique, s'élèverait immuable et tranquille au milieu d'un monde en perpétuel mouvement appartient sans doute définitivement au passé.¹ Si la Suisse s'est en quelque sorte absentée durant des décennies de l'histoire en se forgeant une mémoire marquée par la continuité et la stabilité et dont les ruptures et le changement étaient presque totalement absents, elle est aujourd'hui en train de devoir recréer une nouvelle identité nationale. Il y a plusieurs raisons à cela sur lesquelles il faudra revenir. Pour commencer, j'aimerais toutefois réfléchir aux causes et aux modalités de la construction d'une mémoire publique largement statique. Pour cela, il s'agira de s'interroger sur les périodes clés de ce processus et de l'évolution du répertoire mémoriel mis à disposition par l'histoire, ce qui fait immédiatement entrer en jeu l'élément du politique. Ensuite, dans une perspective historique et critique, il s'agira d'esquisser rapidement les formes et les fonctions des principales figures symboliques mises en scène par l'histoire nationale autant que par la mémoire publique. Je terminerai en évoquant les limites inhérentes à tout travail historique, mais aussi ses possibilités et ses enjeux dans le débat actuel.

Il aura fallu attendre 150 ans – ou presque – pour qu'une commémoration officielle rattache notre Etat à la création de l'Etat fédéral de 1848. Autant en 1891 qu'en 1941, puis encore en 1991, l'ancrage historique s'est fait bien plus en amont. (En effet, même la commémoration de 1948, la première célébrant 1848, se réfère très largement à 1291.) Dans son message à l'Assemblée fédérale du 14 décembre 1889 en vue de l'organisation d'une fête nationale, le Conseil fédéral désigne le 1er août 1291 comme date originelle de la Confédération. Du «vœu d'union éternelle» entre les Waldstaetten dans le pacte de 1291 à la Constitution de 1874, le Conseil fédéral perçoit une évolution continue, aussi bien quant aux principes constitutionnels que, dans le fond, quant aux fonctions dévolues à l'autorité.² Pour cautionner scientifi-

* Conférence à la Journée de la SGSH «1848 et l'apport de l'histoire», Berne, 13 mars 1998.

1 Face à la récente inflation des écrits sur la mémoire, le choix a été fait de laisser cet exposé tel quel et de renoncer à lui adjoindre un véritable appareil critique. Les notes sont donc limitées au strict minimum.

2 Les principales tâches de l'Etat n'auraient pas fondamentalement varié depuis le XIII^e siècle: défense contre les ennemis extérieurs, recherche de l'autonomie et de l'indépendance et maintien de l'ordre et du droit. («Message du Conseil fédéral à l'assemblée fédérale concernant l'organisation d'une fête séculaire nationale en mémoire de la fondation de la Confédération [1^{er} août 1291], du 14 décembre 1889», *Feuille fédérale* 1889 IV, pp. 892–894).

quement cette entreprise généalogique de la constitutionnalité suisse, le gouvernement commande deux plaquettes, l'une à l'historien Wilhelm Oechsli, nommé en 1887 à l'Ecole polytechnique fédérale, l'autre au spécialiste du droit constitutionnel Carl Hilty.³ L'une et l'autre soulignent la continuité qui définit la formation de la Confédération helvétique et donc son caractère évolutionnaire.

L'accent mis sur la nature organique de l'Etat confédéral repose sur un choix délibéré. La «tradition inventée», selon l'expression d'Eric Hobsbawm, par les autorités helvétiques à la fin du XIX^e siècle se veut expressément intégratrice. Face aux conflits régnant alors, comme l'admet le Conseil fédéral dans le message cité, il s'agit de constituer une «communauté imaginée» qui rassemble et unifie les citoyens dès lors que les références collectives traditionnelles n'ont plus cette fonction. Organiser une fête nationale à laquelle tout Confédéré peut adhérer sans distinction de langue et de confession, c'est créer cet événement symbolique et rituel marquant l'identité du groupe. Pourquoi cette soudaine nécessité d'une fête nationale? On peut citer au moins trois raisons. Premièrement: à l'époque de l'émergence du nationalisme et des Etats-nation, le recours à des représentations symboliques et des pratiques sociales servant à accélérer la formation de la nation et à s'affirmer face à l'étranger était général. La Suisse ne pouvait demeurer en reste face à ses puissants voisins. D'autant que – deuxième élément – durant les dernières décennies du XIX^e siècle, nombreuses étaient les forces centrifuges à l'œuvre sur le plan intérieur. Face à la stagnation économique et à la crise du projet de société des forces libérales, couplées au blocage du système politique, l'intégration des citoyens et des divers groupes sociaux devenait pressante. La référence à une destinée commune et la mise en scène de «l'amour pour la libre patrie», pour reprendre une formule du Conseil fédéral, par des cérémonies commémoratives et des rituels célébratifs devaient non seulement cimenter l'unité nationale et la cohésion sociale mais encore redonner de l'élan au pays. Enfin, troisième élément, se jouait alors une partie décisive autour des représentations collectives, et les élites craignaient de se faire prendre de vitesse par une nouvelle force sociale et politique, le mouvement ouvrier. En 1889, la II^e Internationale venaient de proclamer le Premier Mai journée de lutte mais aussi fête des travailleurs.⁴ L'on sait aujourd'hui que si

3 Wilhelm Oechsli, *Die Anfänge der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Zur sechsten Säkularfeier des ersten ewigen Bundes vom 1. August 1291 verfasst im Auftrage des Bundesrates*, Zurich 1891. Et: Carl Hilty, *Die Bundesverfassungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Zur sechsten Säkularfeier des ersten ewigen Bundes vom 1. August 1291 geschichtlich dargestellt*, Berne 1891.

4 Cf. Beatrix Mesmer, «Die Pflege des nationalen Sinnes», in *Helvetia unterwegs. Schweizerische Eidgenossenschaft – Ideen und Realitäten. 14 Vorträge gehalten an der Universität Basel*, Bâle, Christoph Merian Verlag, 1991, pp. 43–51, et Georg Kreis, *Der Mythos von 1291. Zur Entstehung des schweizerischen Nationalfeiertags*, Bâle, Friedrich Reinhardt, 1991. Cf. également *Commémorations de l'histoire suisse: 1798–1848–1998*, Berne, Paul Haupt, 1998 (= *Etudes et sources. Revue des Archives fédérales suisses* 24).

les syndicats et le parti socialiste boycottent dans un premier temps les fêtes du 1^{er} Août, ils finiront par y participer définitivement dans les années trente. D'une religion civile à l'autre, entre nationalisme et socialisme, c'est la première qui allait l'emporter. Elle disposait, certes, pour cela d'atouts qui faisaient défaut à la seconde.

Pour s'imposer, les offres identitaires, sur lesquelles repose la mémoire collective, ne peuvent pas uniquement tabler sur des formes mobilisatrices et des contenus attrayants, aussi fondamentaux ceux-ci soient-ils pour créer un sentiment d'appartenance. La référence à des événements et des figures largement connus du passé helvétique s'est révélée indispensable. Par les chroniques et surtout le drame très populaire de Schiller sur Guillaume Tell certaines représentations de l'histoire du Moyen Age étaient à disposition.⁵ On pouvait y faire appel, mais encore fallait-il leur donner ce sens qui permettait de fonder l'Etat libéral dans la continuité depuis le XIII^e siècle tout en se gardant que d'aucuns ne songent à recourir à une interprétation différente. Aussi la plaquette de Oechsli précisait-elle bien que les fondateurs de la Confédération étaient de véritables hommes d'Etat, pragmatiques et réalistes, et non pas de ces rêveurs utopistes ou révolutionnaires du *Sturm und Drang*.⁶ Et Hilty d'insister dans un esprit hégélien sur la constitutionnalité inscrite en essence dès les débuts dans l'entreprise et qui, grâce au progrès, allait prendre sa forme idéale dans l'Etat fédéral de 1848. Comme l'analysera en 1925 Maurice Halbwachs dans «Les cadres sociaux de la mémoire», la mémoire publique – car c'est d'elle qu'il s'agit – est une construction qui prend appui sur des éléments du passé, mais qui les façonne à la lumière des problématiques du présent. «En résumé», écrit Halbwachs, «les croyances sociales, quelle que soit leur origine, ont un double caractère. Ce sont des traditions ou des souvenirs collectifs, mais ce sont aussi des idées ou des conventions qui résultent de la connaissance du présent.»⁷

En effet, ce n'est qu'intégré dans un cadre conceptuel que les personnages et les faits historiques restent finalement en mémoire. De ce cadre de référence dépend aussi leur interprétation. Or, la représentation du passé, qui est de tout temps un terrain contesté, devient en période de crise – non seulement économique, mais surtout morale, donc de société – un véritable enjeu national. Il ne s'agit pas seulement de ressouder la communauté, mais aussi de redonner aux institutions, voire à l'autorité elle-même, cette légitimité indispensable au bon fonctionnement de la société. Pour cela, des

5 Cf. Guy P. Marchal, «Das Mittelalter und die nationale Geschichtsschreibung der Schweiz», in Susanna Burghartz et al. (dir.), *Spannungen und Widersprüche. Gedenkschrift für Frantisek Graus*, Sigmaringen, Jan Thorbecke, 1992, pp. 91–108.

6 Cf. à ce propos, Mesmer, art. cit., ici p. 47.

7 Maurice Halbwachs, *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris, Albin Michel, 1994, p. 295.

systèmes de valeurs et des croyances communes s'avèrent aussi importants que des règles de conduite générales. Mais comment ceux-ci sont-ils définis? *s. bureau helle*
allg. vernünftige Regel

Face aux défis de la modernité, la Suisse a joué la carte de l'unité en projetant dans le passé lointain les éléments consensuels du présent toujours mouvant. Cette recherche de la stabilité et de la continuité a particulièrement bien réussi en Suisse, car le pays n'a pas connu depuis 1848 de rupture majeure. Des moments de crises bien sûr, des conflits sociaux – que la Suisse en aurait été préservée, voilà un autre mythe –, mais aucune invasion étrangère, aucune occupation, aucun brusque et radical changement de majorité. Cette stabilité politique, toujours confirmée, a sans doute contribué à l'évacuation plus ou moins large de notre mémoire de 1847–1848 avec sa guerre civile, mais aussi l'avènement de la démocratie, ou plus complètement encore, de 1798, avec la domination française mais aussi une première mise en pratique des droits individuels modernes dans ce pays.

aut. Si les libéraux de la fin du XIX^e siècle préfèrent l'oubli à la commémoration de 1848 ou de 1798, c'est qu'ils réfléchissent en termes d'unité et d'intégration nationale. La montée d'une pensée néoconservatrice autour de la Première Guerre mondiale, puis plus nettement dans les années trente, laisse apparaître une seconde ligne d'interprétation du passé. Celle-ci fait également l'impasse sur 1848, mais cette fois-ci davantage pour des raisons de principe que d'opportunité. Pour Gonzague de Reynold, porte-drapeau de ce courant, 1848 ne repose plus dans la continuité historique, mais représente une rupture avec la tradition. Cette dernière, le «pays vivant», pour reprendre ses termes, se situe dans le fédéralisme moyenâgeux et l'organisation corporative. La Confédération et les structures étatiques de 1848 sont pour lui un «corps» sans «âme». C'est dans le champ historique qu'ont lieu les controverses, mais l'enjeu est bien sûr politique. Le projet de révision constitutionnelle sur la base du corporatisme est rejeté en votation populaire en 1935, barrant ainsi la route à un changement des structures politiques. Il n'empêche que sous d'autres formes certaines idées associées à une organisation sociale basée sur la communauté locale ou professionnelle gardent une force d'attraction bien au-delà des cercles liés à ce projet de rénovation conservatrice. En effet, dérobée de son monopole d'interprétation, l'historiographie libérale se montre ouverte, dans les années trente, à un glissement de sens. Pour l'historien zurichois Karl Meyer, l'idéal communautaire des vallées alpines préfigure moins l'Etat moderne qu'elle ne le dépasse moralement. Son opposition au national-socialisme est au prix de la construction du mythe de la lutte pour la liberté de nos ancêtres contre la tyrannie des Habsbourg. Une position largement critiquée depuis par les historiens pour sa base plus idéologique que scientifique, mais aussi pour l'objectif

op. per

politique de cette interprétation.⁸ Celle-ci figure, en effet, au centre du «Sonderfall Schweiz», pierre angulaire de la «défense spirituelle». Elle postule une spécificité helvétique qui, de par sa tradition, s'oppose autant au totalitarisme de droite que de gauche, à l'Etat autoritaire qu'à la lutte des classes. Elle participe donc, par ses préférences et son ancrage historiques, à une construction de mémoire dans laquelle non seulement les socialistes n'ont pas place – à moins d'abandonner la référence à la lutte des classes –, mais dont est finalement congédié aussi 1848 et l'Etat moderne. Les velléités de quelques-uns, tel par exemple un Hans Mühlestein, étruscologue et intellectuel non conformiste qui fuit en 1932 la montée du nazisme en Allemagne et ne retrouvera pas de chaire universitaire en Suisse, d'insuffler une autre orientation à la «défense spirituelle» resteront isolées et finalement vaines. L'idéologie de défense face au fascisme et au national-socialisme ne se référera ni au radicalisme de 1848 ni au discours d'un Gottfried Keller, qui prône un engagement international en faveur des valeurs républicaines et de la liberté.

La figure qui personnifie le mieux les valeurs de la «défense spirituelle» aux yeux des contemporains est le paysan. Proche de la terre, vivant simplement, et ayant une famille nombreuse, il exerce, de plus, une activité productive et incontestablement utile en nourrissant la population. Figure symbolique du passé, héros des Waldstaetten, et personnage clé de la symbiose ville-campagne que l'histoire nationale attribue au Moyen-Age helvétique, le paysan est aussi, dès la fin du XIX^e siècle, incontestablement une figure sociale. En fait, cette dernière fait sa véritable entrée dans l'histoire au moment où les paysans sont bien établis en tant que force sociale et politique grâce à l'intelligente direction de leur secrétaire Ernst Laur. Dans les conflits sociaux de l'entre-deux-guerres, les paysans ont prouvé leur utilité. Les nécessités économiques de la guerre feront le reste, même s'il va sans dire que l'autarcie agricole relève du mythe. Signe de la multifonctionnalité de cette figure, on lui attribue toutes les qualités. Outre, son intégrité morale, il est patriote et travailleur. L'usage social de cette représentation s'étend encore à son antisocialisme et à son éloignement de cette culture urbaine et moderniste considérée comme douteuse dans les années de crise et de guerre. Enfin, la famille paysanne incarne communément l'ordre patriarcal traditionnel qui semble alors menacé avec l'émancipation féminine.⁹

8 Cf. Peter Stadler, «Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft. Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit», in *Historische Zeitschrift* 219, 1974, no 1, pp. 290–358.

9 «Le paysan» remplace donc avantageusement la figure du «berger» qui avait connu ses heures de gloire dans la première moitié du XIX^e siècle.

Si tout cela n'a que fort peu à voir avec la réalité sociale de la paysannerie, ni d'ailleurs avec celle du reste du pays, cette représentation s'est néanmoins avérée opératoire pour assurer la cohésion nationale en période de difficultés économiques et de tensions politiques. D'autant qu'en temps de guerre on passe aisément à la figure du paysan-soldat qui trouve son double dans celle du soldat-citoyen, consacrant par là-même l'unité ville-campagne, l'union de la terre et de la technique industrielle. Précisons qu'il ne s'agit pas ici de faire le procès de cette époque, mais de constater les mécanismes de construction du processus unificateur et identitaire alors à l'œuvre. Car, c'est sans doute ce que la Suisse a trop négligé après-coup: à savoir, *l'analyse* de ces phénomènes. De fait, la réalité était bien plus complexe, contradictoire et, en vérité, moins glorieuse.

Les contemporains en étaient d'ailleurs plus conscients qu'il n'y a paru jusqu'à récemment. Au sortir de la guerre, l'intégration de la Suisse dans le nouveau système international est tout sauf assuré. La Suisse ne fait pas d'emblée partie du camp des vainqueurs. Au niveau économique on s'attend non pas à la longue période de prospérité que l'on a connu, mais à une récession d'après-guerre, et, par conséquent, à des conflits sociaux. On craint pour



Page de couverture d'une brochure de la Ligue du Got reprenant les principaux éléments du «Plan Wahlen». Le professeur de l'Ecole polytechnique fédérale et chef de section à l'Office de guerre pour l'alimentation y met notamment en exergue l'importance du travail de la ménagère pour l'économie nationale.

W. Schweizer-Hug: Die Anbauschlacht. Aus einem Vortrag über «Die Aufgaben unserer Landwirtschaft in der Kriegszeit» von Dr. F. T. Wahlen, Bern 1941.

la stabilité politique intérieure et la cohésion sociale, le Parti socialiste ayant suivi une évolution vers la gauche, le nouveau Parti du Travail attiré un grand nombre d'électeurs et les syndicats se montrant revendicatifs. Or, comme l'ont montré des travaux récents, face aux pressions des Alliés, mais aussi face au malaise, aux discussions, appréhensions et tensions intérieures, la Suisse opère d'importants ajustements, notamment dans sa politique humanitaire et enfin commerciale tout en optant, dans un second temps, pour un véritable travail sur la mémoire. Cette entreprise comporte deux volets bien distincts, même s'ils sont reliés dans leurs effets et par leur influence mutuelle. Il y a d'une part le façonnement de la mémoire publique, ritualisée ou fixée matériellement, par des images et des valeurs, des formules consacrées, des commémorations, des symboles, des statues, des noms de rue ou encore par l'iconographie. Il y a d'autre part l'influence prise sur la mémoire historique par la production d'une histoire officielle faite de rapports des autorités politiques ou militaires, mais aussi d'ouvrages commandités et, enfin, d'une intervention souvent directe de contrôle, voire de censure quant à l'accès aux sources.¹⁰

La mémoire publique suisse de la Seconde Guerre mondiale repose pour une large part sur la figure symbolique du Général Guisan qui, paradoxalement, en a lui-même été le premier maître d'œuvre. Mais elle comprend conjointement une seconde figure, celle du soldat, qui fonctionne, elle, sur un autre mode identitaire. Celui-ci est en effet plus démocratique et plus direct. Reliées par une même institution, l'armée, et unifiées par le même objectif de défense que symbolise le «réduit», toute une génération d'hommes en armes a pu se reconnaître dans ces deux figures parallèles. Si cette geste résistante est ancrée dans de nombreux lieux de mémoire, elle fut aussi sans cesse renouvelée par des pratiques sociales. Depuis l'«Hommage aux Drapeaux» sur la place fédérale, le 19 août 1945, jusqu'à la commémoration de la Mob en 1989, le rituel du rassemblement militaire a servi, par l'occupation scénique de l'espace public, à la démonstration de l'unité et de la force de l'armée suisse et à la proclamation de sa volonté de défense.¹¹ Avec l'autarcie agricole, la neutralité et l'aide humanitaire, l'identité nationale suisse reposait ainsi sur quatre solides piliers. Aujourd'hui, cette construction identitaire s'effondre. Il y a différentes raisons à cela. Elles sont d'ailleurs en partie non spécifiques à la Suisse. A la fin de la guerre froide, l'heure est incontestablement à une remise en cause généralisée des cadres de référence dans tous les pays occidentaux. Deuxièmement, dans ces mêmes pays, on

10 Sacha Zala, *Gebändigte Geschichte. Amtliche Historiographie und ihr Malaise mit der Geschichte der Neutralität, 1945–1961*, publié par les Archives fédérales suisses, Berne 1998 (Dossier no 7).

11 Luc van Dongen, *La Suisse face à la Seconde Guerre mondiale 1945–1948. Emergence et construction d'une mémoire publique*, Genève, Ed. Société d'histoire et d'archéologie de Genève, 1998.

constate un peu partout un net détachement de valeurs unificatrices telles que la nation, l'armée ou la religion. D'autres, souvent multiples et diverses, ont pris leur place – un aspect du débat parfois sous-estimé. Troisièmement, le changement des générations aidant, l'attachement émotionnel – d'où sa force – à cette Suisse imaginée s'est relâché. Enfin, quatrièmement, cette représentation démontre actuellement ses faiblesses, ses omissions et exclusions, et son manque de crédibilité n'assure plus la fonction unificatrice de la mémoire publique. Non seulement intervient de plus en plus la sanction des sources contre la vision idéalisée du passé, mais les oublis sur lesquels une telle interprétation était forcément construite sont aujourd'hui par trop sensibles. Des pans entiers de la réalité sociale, tels que les relations commerciales et financières avec le Reich, la dépendance de l'agriculture helvétique des importations d'engrais et de semences en provenance de l'Allemagne, la restabilisation conservatrice entre hommes et femmes, des zones d'ombres comme l'antisémitisme, mais aussi certains actes de courage individuel des Paul Grüninger, Carl Lutz et autres Anne-Marie Imhof-Piguet, qui contrevenaient à l'époque à la politique officielle, sont longtemps restés en dehors du champ de vision.

Avec l'ouverture de la Suisse sur le monde et son intégration à l'Europe, avec l'exigence de justice de la part des personnes spoliées, avec les pressions internationales sur la Suisse, la mémoire collective doit changer. Ce processus est nécessairement conflictuel, puisqu'il remet en question les images traditionnelles en les soumettant à l'opération intellectuelle raisonnée qu'est la science historique. Le rôle de celle-ci est par conséquent fondamental, toutefois ses possibilités sont limitées. En fait, bien des données factuelles et des interprétations, dont les politiciens, les médias et le public sont demandeurs aujourd'hui, étaient déjà mis à disposition par l'histoire depuis des années, sans que la mémoire publique ne se sente obligée d'en tenir compte. Mais alors qu'il y a maintenant demande, il est d'autant plus important de rappeler que les historiens ne sont pas des «techniciens de la vérité», pour reprendre la formule d'Henry Rousso. En réalité, les traces du passé ne sont pas immédiatement lisibles, les sources ne parlent pas d'elles-mêmes. Il faut un travail d'interprétation, par un intermédiaire ou un «traducteur», selon le terme de Marc Bloch, entre le passé et le présent, mais aussi entre le savoir et la mémoire, entre la communauté historienne et le public. Il y a donc forcément des malentendus et des incompréhensions. Depuis Max Weber l'on sait, en outre, que l'histoire n'est pas indépendante des conditions de possibilité de la science historique – conditions tant sociales que historiques. Pas plus ne l'est-elle des stratégies et intérêts des producteurs du savoir, ni des enjeux de pouvoir, ni des usages sociaux de la production historique, ni de sa réception. Il y a donc historicité des connaissances historiques et non

pas production de «la vérité». Comme pour la mémoire et pour le pouvoir, il faudra s'habituer à l'idée que le savoir est pluriel.

Il n'empêche que le débat actuel présente des enjeux cruciaux. Les travaux sur la Deuxième Guerre mondiale seront déterminants pour la redéfinition des principales figures et valeurs de la mémoire ou plus vraisemblablement des mémoires collectives. Je remarque à ce propos – et je terminerai là-dessus – que, si de nombreux aspects négligés et de nombreux groupes exclus réintègrent ainsi l'histoire, c'est toujours un passé au masculin qui est en train de s'écrire. Pourtant, la société en guerre a modifié les rapports sociaux de sexe. Si l'économie de guerre avait quelque chose de particulier, c'est qu'elle faisait appel à la force de travail de toutes les catégories de la population selon des modalités précises. Quoique toute la population ait été mobilisée pour contribuer à la «défense civile», les fonctions attribuées à l'un et à l'autre genre dans l'économie nationale sont restées différentes et hiérarchisées. Cela a permis de construire un passé où un seul groupe a finalement servi de représentation à l'ensemble du pays. Car ce sont les valeurs viriles, les fonctions masculines et enfin des figures d'hommes (le général, le soldat) qui ont été glorifiées autant par l'histoire que par la mémoire. Durant la guerre et bien au-delà l'unité nationale suisse a été forgée par des symboles et des rituels, des qualités et des vertus militaires. Toutes références d'autant moins remises en question qu'elles ne furent jamais entachées par la sordide réalité de l'affrontement militaire. Certes, les femmes avaient elles aussi fait leur devoir. Mais en fin de compte, la Suisse fut sauvée par l'armée et le réduit – et non pas par le sens de l'économie de la ménagère suisse! Comment dès lors intégrer cette réalité à notre vision du passé et comprendre le fonctionnement de cette société en guerre si ce n'est aujourd'hui? Via la commission Bergier, l'histoire est officiellement mandatée pour éclaircir les aspects refoulés de cette période. La commission a déjà, à juste titre, élargi sa problématique. Pourquoi ne pas intégrer aussi la perspective de genre? Nous savons trop bien combien les images historiques influencent les manières de penser et d'agir pour les négliger en vue de la construction d'une société plus ouverte. Car, pour conclure avec Halbwachs: «Tout personnage et tout fait historique, dès qu'il pénètre dans cette mémoire s'y transpose en un enseignement, en une notion, en un symbole; il reçoit un sens; il devient un élément du système d'idées de la société.»¹² Si le passé est aujourd'hui autant en question, c'est à cause des oublis et des exclusions. L'enjeu pour les historiens et les historiennes est dès lors de fournir le cadre pour une construction nouvelle qui rende (autant que possible) justice au rôle de toutes les catégories sociales et de ne pas reproduire sous une forme actualisée une nouvelle perception sélective.

12 Halbwachs, op. cit., p. 296.

Die Wahrheit und die Bajonette

Peter von Matt*

Sobald Schüsse fallen, wird die Welt einfacher. Sobald Menschen einander auf Sichtweite gegenüberstehen, um sich gegenseitig zu töten, verschwinden alle Widersprüche. Man war in Probleme verstrickt, sie sind gelöst. Man hat sich mit Fragen herumgeschlagen, sie sind beantwortet. Die tägliche Last, wissen zu müssen, was man soll und was man will und was man wollen soll und was man sollen will, rutscht von den Schultern, als wäre sie nie gewesen. Man will nur noch eins, töten, man soll nur noch eins, töten, und nichts anderes mehr ist von Bedeutung.

Dort sind die Feinde, hier sind die Brüder, und die Wahrheit ist bei uns und bei den andern regiert die Lüge.

Die Vereinfachung der Welt im Feuer der Kanonen und Kartätschen, im Kugelhagel der Scharfschützen, im Anrennen mit dem blanken Bajonett beendet die Suche nach der Wahrheit. Sie beendet also das, was den Menschen erst zum Menschen macht. Das Tier kennt keine Wahrheit. Es *ist* wahr. Es lebt seine Natur, wenn es tötet, und es lebt sie, wenn es gefressen wird. Der Mensch aber muss die Wahrheit suchen und hat sie nie, und wenn er meint, sie zu haben, kommt sicher einer daher, der sie ihm wegbeweist. Solange er weitersucht, bleibt er menschlich; sobald er damit aufhört, wird er gefährlich.

Deshalb gilt der Satz in doppelter Weise. Wo das Kartätschenfeuer losbricht, endet die Suche nach der Wahrheit. Wo die Suche nach der Wahrheit endet, bricht früher oder später das Kartätschenfeuer los.

Am 9. September 1798 sind hier Schüsse gefallen, in diesem Kanton, in diesem Flecken, in dieser Kirche. Das Feuer der Kanonen und Kartätschen hörte man bis in die Stadt Luzern, den neuen Sitz der helvetischen Regierung. Diese hatte den Befehl zum Schiessen und Stechen gegeben. Der Krieg war ein Bürgerkrieg. Auch wenn die angreifenden Truppen Franzosen waren unter einem französischen General, war der Krieg doch ein Bürgerkrieg. Einer der vielen Bürgerkriege in der Geschichte unseres Landes, von denen wir nicht gerne reden. Wir verstehen uns lieber als das Land, wo alle so gut miteinander auskommen, die Sprachen, die Religionen, die Kulturen, und dass wir bisher noch in jedem Jahrhundert blutig aufeinander losgegangen sind, möchten wir gerne nicht weiter diskutieren.

Die Schüsse sind gefallen, die Kartätschen haben gekracht im Namen der Aufklärung, im Namen der Menschenrechte, im Namen der Freiheit, der

* Rede zum 9. September 1798 in der Pfarrkirche Stans am 9. September 1998

Gleichheit, der Brüderlichkeit und der Toleranz. Die Schüsse sind gefallen und die Kartätschen haben gekracht im Namen Gottes, im Namen des angestammten Glaubens, im Namen des Rechts auf politische Selbstbestimmung gemäss den alten Freiheiten. Da stand Wahrheit gegen Wahrheit, eine so felsenfest gegründet wie die andere, jede erlebt im innersten Herzen, und wer zweifelt, ist schon ein Verräter. Nicht länger gesucht werden musste die Wahrheit, sie war gegeben, ein für allemal, und also wurde es gefährlich, und es wurde das Feuer eröffnet morgens um 4 Uhr 30.

Zwei Figuren von seltsam pittoresker Natur verkörpern diese Haltung des unbedingten Wahrheitsbesitzes mit allen tödlichen Konsequenzen. Sie sind die Chefideologen der beiden Parteien, berühmt, berüchtigt, gehasst und verehrt weit über ihre Lebenszeit hinaus. Der eine wurde später zum Heiligen der säkularisierten Schweiz und steht heute in dieser Funktion und nach sakralem Muster gestaltet auf einem hohen Sockel an der Zürcher Bahnhofstrasse, in Erz gegossen: Johann Heinrich Pestalozzi. Der andere war ein geistlicher Volkstribun barocken Zuschnitts, ein Kapuziner von tobender Gottesgewissheit und eine Kriegsgurgel ohnegleichen, Pater Paul Styger, der am Tag der Schlacht auf einem weissen Hengst im Husarensattel die Front entlangsprengte, segnete, betete, eigenhändig die Kanonen richtete und als Scharfschütze zahlreichen Franzosen persönlich zur frühzeitigen Seligkeit verhalf. Pestalozzi erliess vor dem Einmarsch in Nidwalden einen Aufruf an das Schweizervolk, sich mit der Landesregierung in allen Massnahmen gegen diese «Landesaufwiegler», «Landesverräter» und «Verbrecher» in den Bergen zu solidarisieren, und zur Beruhigung versprach er, das Vaterland werde die zu erwartenden Witwen und Waisen grossherzig betreuen. Die Schüsse sind also gerechtfertigt im voraus. Pater Paul Styger wiederum betrieb die religiöse Propaganda. Er verfocht als Redner und Reiter, Einflüsterer und Guerillero die untrennbare Einheit von Glaube und Politik, Kirche und Staat. Das Heilige darf vom Weltlichen nicht geschieden werden, und wer dies vom Volke fordert, ist ein Verräter an den höchsten Gütern. Die Schüsse sind gerechtfertigt im voraus.

Die Wahrheit als Droge, hier wie dort. Hier wie dort die Intellektuellen im Rausch des Rechthabens. Die Vordenker, die Wortmächtigen, die Herren der blitzenden Argumente und dröhnenden Parolen, hier wie dort sehen wir sie verzückt im Wissen, dass sie die Wahrheit besitzen, zweifelsfrei, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Im Rausch des Rechthabens wird alles andere zur Lüge, und wer die Lüge vertritt, wird zum Feind, und der Feind muss vernichtet werden – nicht mit Argumenten widerlegt, nicht mit Worten überzeugt, sondern umgebracht mit Flinten und Kartätschen.

Der Rausch des Rechthabens ist der unheimlichste narkotische Zustand, den es gibt. Man erkennt ihn unweigerlich daran, dass die Befallenen, die

Fixer der Wahrheit, das Verletzen, das Schänden, das Töten von Menschen von vornherein in Rechnung stellen.

Aber waren denn nicht trotzdem die einen mehr im Recht als die andern? Stand denn nicht auf seiten der Helvetischen Republik die Zukunft? Und auf seiten der Nidwaldner – der nichthelvetischen Nidwaldner, muss man sagen, denn die helvetischen Nidwaldner hatten sich rechtzeitig aus der Gefahrenzone abgesetzt –, stand auf ihrer Seite nicht die Vergangenheit, das Gestrige, die Finsternis einer überlebten Zeit? Standen hier nicht die Menschenrechte gegenüber einem starren Fundamentalismus? Stand nicht die Freiheit, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, gegenüber dem befohlenen Denken? Stand nicht der Wille zur umfassenden republikanischen Freiheit gegenüber einer Teildemokratie mit vielen Freiheiten für die einen und bitteren Abhängigkeiten für die andern? Sassen nicht diese Söhne Tells als Landvögte im Tessin und am Bodensee, hatten zuhause die Landsgemeinde, aber im Untertanengebiet das alleinige Regieren und Regelteln? Rühmten sie nicht in der Heimat den Apfelschuss, und im Tessin konfiszierten sie die Armbrüste?

Das stimmt. Es stimmt alles, und es ist nicht zu bestreiten. Aber die Wahrheit ist nicht immer auch schon die ganze Wahrheit. Das vergisst sich besonders leicht im Rausch des Rechthabens. Daheim die Landsgemeinde, draussen die Vogteien – hier liegt gewiss ein böser Widerspruch. Und dennoch, als im Februar 1798 diese Vogteien frei wurden, was geschah? Fast überall wurden Landsgemeinden eingerichtet, durch den Willen des Volkes, in Uznach und Sargans, im Rheintal und im Toggenburg – und im Namen der neuen Freiheit schritt die Regierung streng gegen diese neue Freiheit ein. Selbst Napoleon spottete später in seinen Memoiren über den Kampf des französischen Direktoriums gegen das Prinzip der Landsgemeinden: «Das Direktorium erklärte den Krieg gegen *diese Unsinnigen*, die es wagten, freier sein zu wollen als *die Jakobiner*.» Und er meinte ganz generell: «Das Direktorium würde die Schweiz und ganz Europa für sich gehabt haben, wenn es verstanden hätte, die Demokratie der kleinen Kantone zu respektieren.» Nun ist Napoleon gewiss kein unbefangener Zeuge. Ein Jahr später, im November 1799, hat er das Direktorium in Paris gestürzt und sich selbst zum alleinigen Chef gemacht. Er hatte also ein Interesse daran, die alte Regierung in ein schlechtes Licht zu rücken, und im übrigen ist er ja eigentlich auch nicht als der glühende Verfechter der Basisdemokratie in die Geschichte eingegangen.

Wer also hatte Recht? Oder das grössere Recht? Oder ein bisschen mehr Recht? Wenn hinter der Landesregierung die Mehrheit des Schweizervolkes stand, wäre der Fall nach den Grundregeln der Demokratie geklärt. Aber Pestalozzi selbst berichtet gleich nach dem 9. September, man sage «bald allenthalben im Land (...): ja wir hofften, die guten Ländler siegen, und denn

hetten wir auch etwas zu den Sachen geredt». Und er kommentiert: «Dieses <zu den Sachen geredt> hat wahrlich nicht weniger sagen wollen, als <wir hetten uns zu ihnen geschlagen>.» Worauf er zu einer offenen Drohung ansetzt: «Frankreich *will* und Frankreich *muss* die neue Ordnung der Dinge auf jeden Fall beschützen. Koste es eine Armee – es muss *syn.* Koste es zahllose unglückliche Landes-Einwohner – *es muss syn.*» (385)

Die gute Sache, dass nämlich in der Schweiz der Wille der Mehrheit regiere, muss also dieser Mehrheit in der Schweiz mit Gewalt beigebracht werden. Ein schöner Widerspruch. Er verschwindet, wie alle Widersprüche, sobald Schüsse fallen und Kartätschen detonieren; aber wenn sich der Pulverdampf verzogen hat und man anfängt, die Toten zu zählen, ist er wieder da. In seiner Depesche an das Direktorium zu Paris meldet General Schauenburg nach der Strafaktion, er habe rasch zuschlagen müssen, weil auch in Appenzell und im Toggenburg der Eid auf die Verfassung verweigert worden sei und der Flächenbrand angefangen habe sich auszubreiten: «l'incendie commençait à se propager dans le canton de Säntis.» (Stüssi S. 12) Die Verwüstung Nidwaldens war offenkundig als Signal gedacht für die ganze übrigen Schweiz, so wie acht Monate später das Niederbrennen von Disentis und die Verwüstung des Oberwallis Signale waren an alle, denen es in den Sinn kommen sollte, den Kopf aufzuwerfen. Dass diese Strategie eine terroristische Dimension hatte, ist nach den Erfahrungen, die das 20. Jahrhundert mit Besatzungsarmeen gemacht hat, kaum zu bezweifeln.

Und dennoch muss man sagen: die helvetische Regierung vertrat zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz den republikanischen Staat im modernen Sinn, sie vertrat die Grundrechte der Menschen und die Beseitigung der falschen Privilegien, sie verstand die Schweiz als ein politisches Gemeinwesen aus gleichberechtigten, selbstverantwortlichen, von Vernunft und Menschlichkeit geleiteten Mitgliedern, die einander begegnen in der Freiheit der eigenen, im Anerkennen der andern Überzeugung. So war es niedergeschrieben in der Verfassung, und diese Verfassung sollte gelten im ganzen Land. Und hätte die Helvetik auch nicht mehr geleistet als die Vogteien abzuschaffen, die Folter zu beseitigen und unseren jüdischen Landsleuten die Grundrechte zu gewähren, wir müssten ihrer schon deshalb in Hochachtung und Dankbarkeit gedenken.

Wer also hatte Recht? Oder das grössere Recht? Oder ein bisschen mehr Recht? Wer steht besser da vor dem Richterstuhl der Geschichte?

Dieser berühmte Richterstuhl der Geschichte, wo befindet er sich denn? Er steht nicht in einer Seitenkammer der Universität, nicht im Bundeshaus und nicht im Landesmuseum; er ist auch nicht in Strassburg zu finden und in New York oder Los Angeles schon gar nicht. Gibt es ihn überhaupt? Wohnt irgendwo die Instanz, welche die Wahrheit feststellt, ein für allemal, die

Wahrheit über alles historische Geschehen, über Schuld und Unschuld, Sittlichkeit und Niedertracht, über Gut und Böse auch dort, wo Überzeugung mörderisch gegen Überzeugung krachte? Die hochgemute Rede vom Richterstuhl der Geschichte leitet sich her von der christlichen Vorstellung des Weltgerichts und des Weltenrichters Christus am Jüngsten Tag. Dieser, ein Herrscher von schrecklicher Majestät – *rex tremendae maiestatis*, wie es im Requiem heisst – wird sitzen auf seinem Stuhl, und alles Verborgene wird an den Tag kommen und nichts, was je Böses geschehen ist, wird ungestraft bleiben: *Iudex ergo cum sedebit, / quidquid latet apparebit: / nil inultum remanebit*. So lautet das auf Lateinisch und gereimt.

Eine grosse Vision war das einst, und wer heute vom Richterstuhl der Geschichte spricht, möchte sich einreden, die theologische Vorstellung könne übertragen werden auf die Wissenschaft. Die Geschichtsschreibung als Weltenrichter: schön wärs. Den Satz: «Die Weltgeschichte ist das Weltgericht», hat als erster Friedrich Schiller ausgesprochen, und er hat in diese Formel gleich auch den Widerhaken versteckt. Denn wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, muss sich mit dem Wandel der Geschichte auch das Urteil wandeln, dann wandelt sich auch das Gericht. Das heilige Buch, in dem alles unverrückbar steht, gibt es nicht. Und das wissenschaftliche Buch, in dem alles unverrückbar steht, gibt es auch nicht. Wir selbst sind verantwortlich für das Gericht über die Vergangenheit und also für die Gerechtigkeit und die Sorgfalt und die Umsicht in der Urteilsbildung. Dafür brauchen wir die Wissenschaft, aber sie kann uns den eigenen Entscheid nicht abnehmen. Hier liegt der Grund, weshalb wir uns nicht länger auf die handlichen Formeln und glatten Parolen stützen dürfen, mit denen der 9. September 1798 hier wie dort historisch abgefertigt wurde. Hier mit der Rede von den Märtyrern der Freiheit gegen eine Horde fremder Invasoren; dort mit der Rede von den unwissenden Bauern, denen fanatisierte Geistliche den Kopf verdreht hatten. Die plakativen Formeln haben ausgedient. Wer sie unbesehen gebraucht, verzichtet auf das eigene Urteil in Sorgfalt und Umsicht. Es ist unwürdig, die Vereinfachung der Welt, die sich einstellt, sobald Schüsse fallen und Kartätschen detonieren, hinüberzuschmuggeln in die Zeit des Nachdenkens über den verwickelten Gang der Geschichte und die schweren Widersprüche des Fortschritts.

Johann Heinrich Pestalozzi, der grosse Erzieher, hat ernst gemacht mit einer der gewaltigsten Ideen der Aufklärung: dass die Welt verbesserbar sei. In kühner Weise hat er diesen neuen Glauben angewendet auf die Kinder, hat in ihrer Verbesserung den ersten Schritt zur Verbesserung des Ganzen erkannt und seine Lebensarbeit darauf ausgerichtet. Er hat begriffen, dass Erziehung langsam geht, umständlich, dass sie die Menschen nicht dressieren darf wie Affen oder Soldaten, sondern alles zusammen entwickeln muss,

die Gefühle im Herzraum, den Scharfsinn im Kopf und die Geschicklichkeit der beweglichen Hand. Er hat es begriffen, hat es gelehrt, und meistens ist er in der Praxis gescheitert, weil sein funkelnder Kopf den tastenden Händen voraus- und davonlief. Aber versucht hat er es mit einer verzehrenden Glut. Auch in Stans. Das muss man daher zusammendenken können, hier und heute, den Chefideologen mit seinem entsetzlichen Satz: «Koste es zahllose unglückliche Landes-Einwohner – *es muss syn*», und den Erzieher, Helfer, Lehrer, der vor einem Horizont schwarzer Brandruinen und in einer noch immer von Verwesung stinkenden Landschaft seinen Lebensglauben Tag für Tag verwirklichen will. Die aufgeklärten Freunde haben ihm zuletzt das Bein gestellt, und die konservativen Feinde haben darüber gejubelt. Für uns aber liegt im Widerspruch dieses Mannes die schwierige Wahrheit der Zeit. Schiessen oder Erziehen? Oder Schiessen *und* Erziehen? Oder zuerst schiessen und dann erziehen? Für eine saubere Logik schliessen sich die beiden Tätigkeiten aus, nicht aber für die lebendigen Menschen und für die Geschichte. Und wenn wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass das Erziehen eines Tages das Schiessen in der Welt endgültig beenden werde, so tun wir es im Wissen, dass diese Hoffnung illusorisch ist. Illusorisch, aber unabdingbar. Logisch.

Napoleon hat den Widerstand der Bergkantone anders gelesen als die helvetische Regierung, anders als seine eigenen Generäle, anders als die Parolenmacher der heiligen Freiheit und anders als die Parolenmacher des finsternen Fanatismus. Vier Jahre nach dem Desaster von Stans diktierte er der Schweiz eine neue Verfassung und hielt dazu eine Rede, die es in sich hat. Das Land war unregierbar geworden. Vom Jura bis zum Säntis herrschten Zustände wie in einem Sack voll Katzen. Napoleon stellte nun den alten Föderalismus wieder her, nicht aus Ehrfurcht vor der Tradition, sondern aufgrund einer kühlen Analyse. Ausgangspunkt sind die kleinen Kantone, ihre Landsgemeinden und ihr Widerstand. Ich bin selbst ein Bergler, sagte der geborene Korse – «je suis montagnard moi-même» –, und ich kenne die Rauheit, die Widerborstigkeit der Bergbewohner – «je connais l'âpreté (des mœurs) des montagnards». Die Differenz zwischen den ganz unterschiedlichen Kantonen mache die Schweiz unregierbar von einer einzigen Zentrale aus. Und er behauptet, sogar er selbst, der Herrscher der Franzosen, wäre nicht imstande, die Schweiz allein zu regieren. Deshalb sollten sich die einzelnen Kantone im Innern politisch so einrichten, wie es ihren Gebräuchen, ihrer Religion und ihren Überzeugungen entspreche. Die Schweiz sei nichts Grossartiges, und sie solle sich hüten, ihren Ehrgeiz auf historischen Glanz zu richten; das käme nur teuer zu stehen und würde nichts bringen. Und es folgt der tolle Satz: «Wenn Ihr Glanz und Grösse anstrebt, gibt es nur einen Weg: ihr vereinigt Euch mit Frankreich, bildet aus der Schweiz zwei franzö-

sische Departemente und nimmt teil an Frankreichs Schicksal.» Aber dazu sei die Schweiz nicht geschaffen; sie sei geschaffen, um sich still zu halten zwischen den Grossmächten und dafür von diesen ihre Neutralität garantiert zu erhalten. Als dann die Vertreter der Helvetik wenigstens die Beseitigung aller Klöster verlangten, meinte Napoleon, die Hirten in den Bergen hätten ja kein Theater, keine Oper, man solle ihnen die Kapuziner lassen und die feierlichen Messen, da hätten sie doch auch eine Art Grand Opéra. Das ist zwar keine sehr fromme Überlegung, aber sie bezeugt ein komplexeres, ein politisch und psychologisch ganzheitlicheres Denken als bei den Hauptakteuren von 1798.

Warum erzähle ich das? Ich erzähle es, um zu zeigen, wie unterschiedlich ein einzelnes historisches Ereignis gesehen und gedeutet werden kann. General Schauenburg hat Nidwalden in Schutt und Asche gelegt, weil er ein Zeichen setzen wollte. Er wusste, dass der Aufstand in der übrigen Schweiz selbst als ein Zeichen gelesen wurde, und diesem Zeichen wollte er seine Bedeutung diktieren. Das hinderte Napoleon nicht, diese Bedeutung noch einmal zu verändern und den Aufstand zum Beweis für das Lebensrecht der direkten Demokratie und für die Unabdingbarkeit eines vernünftigen Föderalismus in der Schweiz zu machen.

Wissen wir jetzt, wer Recht hatte? Oder das grössere Recht? Oder ein bisschen mehr Recht? Wir wissen es nicht. Auch Napoleon ist nicht der Richterstuhl der Geschichte. Er wollte ohnehin vor allem Ruhe haben in den Alpen und den Gotthard nicht in den Händen der Österreicher. Wir wissen es nicht, aber wir sind vorsichtiger geworden im Umgang mit den Zeichen und Signalen unserer Geschichte. Der Sinn ist ihnen nicht gegeben von Natur aus, den Sinn setzen wir, und ihn gerecht zu setzen, ist unsere Verantwortung. Rechthaben ist leicht, Gerechtheit ist schwer. Die Schweiz erlebt das im Moment auf drastische Art. Wäre das Desaster vom 9. September ausgeblieben, wenn die helvetische Regierung der Delegation aus Nidwalden den Dialog nicht verweigert hätte? Wenn die politische und militärische Führungsschicht sich nicht aus Stans abgesetzt hätte? Wenn die vielen Geistlichen im Kanton nicht Angst gehabt hätten um ihre Pfründen? Wenn Pestalozzi dem Direktorium geschrieben hätte: «Tut alles, aber schiesst nicht!»?

Wir wissen es nicht. Wir wissen nur: es war furchtbar. Wir wissen: es gab Hunderte von Toten. Wir wissen, es kamen Frauen und Kinder um, Schwangere und alte Leute und Behinderte. Diesen Toten gilt heute unsere Ehrfurcht. Den Toten auf beiden Seiten. Auch die französischen Soldaten haben gern gelebt, und nicht alle waren Wüstlinge. Wir wollen nicht von Helden reden. Helden gibt es heute auch in Bosnien und Serbien und Kroatien und im Kosovo, und es gibt mehr davon, als uns allen lieb ist. Wir reden von Anna Maria Stulz, genannt die Landweiblerin, war 55 Jahre alt, flüchtete sich in

diese Kirche und wurde beim grossen Weihwasserkessel erschossen. Wir reden von Melchior Durrer, genannt der grosse Schmied, wurde mit einer Eisenkette an das Haus gebunden und mit dem Haus verbrannt. Wir reden von Barbara Barmettler, genannt das Hutbabeli, bettelte kniend um ihr Leben und ward ins Herz getroffen. Wir reden von Franz, dem dreijährigen Kind der Margaritha Bläsi, erschossen in dieser Kirche auf dem Arm der Mutter. Wir reden von Anna Regina Odermatt, Baumwollspinnerin, kämpfte mit dem Knüttel zu Ennetmoos und wurde auf der Flucht umgebracht. Wir reden von Maria Anna Christen, war geistesschwach, in ihrem Zimmer eingeschlossen, und verbrannte zusammen mit dem ganzen Haus. Wir reden von Anna Joller, 50 Jahre alt, war reich und fromm und wurde unter einem Birnbaum vor dem Haus mit Gewehren erschlagen. Wir reden von Anton Christen, genannt der Hinki, ein alter Mann, als Wächter bestellt im Hause des Landammanns Zelger, der mit seiner Familie rechtzeitig weggezogen war, wurde daselbst getötet. Wir reden von Franz Fischer, einem Knecht, lag schwerkrank zuhause und wurde im Bett mit Bajonetten erstochen. Wir reden von Barbara Bachli, 22 Jahre alt, sie wälzte in Kehrsiten Steine von oben auf die Franzosen, wurde von einem Grenadier gefasst, der ihr Pardon geben wollte, sie schlug ihn mit dem Knüttel auf den Arm, wurde erstochen und in ein Tobel gestürzt...

Doch was sind diese Namen gegenüber den Abertausenden, die damals auf den Schlachtfeldern Napoleons, auf den Schlachtfeldern der Kaiser und Zaren gefallen sind? Was sind diese Namen gegenüber den Millionen, die im 20. Jahrhundert durch Krieg und Terror getötet wurden – immer für eine absolute Wahrheit und 200 Jahre nach der Erkenntnis, dass die Welt kein Jammertal sei, sondern verbesserbar durch die Menschen selbst?

Diese Namen, zufällig herausgegriffen aus einem alten Buch, sind die Wirklichkeit der Geschichte. Erst wenn wir uns in das einzelne winzige Schicksal versenken, dämmert uns etwas von der Wirklichkeit des Ganzen. Sonst haben wir nur Zahlen vor uns, Theorien, Konzepte, effiziente Erklärungsmuster, die uns sagen, warum alles so passiert ist und wer schuld ist und wer Recht hatte oder das grössere Recht oder ein bisschen mehr Recht. Gewiss, es kann einem die Übersicht zeitweise abhanden kommen, wenn man sich mit der Barbara Bachli beschäftigt und mit dem Hutbabeli und mit dem Hinki. Aber wer in der Geschichte die konkreten Menschen aus den Augen verliert, nähert sich der gefährlichen Blindheit jener Politiker und Wirtschaftsstrategen, die im Vollzug ihrer Konzepte das Schicksal der einzelnen nicht mehr sehen können.

Das eine ist Geschichte, das andere ist Gegenwart. Ohne das Gestern entgleitet uns das Heute. Wer die Toten vergisst, verdient keine lebendige Zukunft.

Zitate und Belegstellen

Pestalozzi, *Sämtliche Werke*, hrsg. von Artur Buchenau u.a., 12. Band: Schriften aus der Zeit von 1797–1799, Berlin 1938 (insbes. S. 345–390).

Die Aufsätze von Hansjakob Achermann und Jürg Stüssi-Lauterburg in: *Nidwalden 1798. Geschichte und Überlieferung*, hrsg. vom Historischen Verein Nidwalden, Redaktion Hansjakob Achermann und Marita Haller-Dirr, Stans 1998.

Franz Joseph Gut, *Der Überfall in Nidwalden im Jahre 1798 in seinen Ursachen und Folgen*, Stans 1862. *Napoleons Leben. Von ihm selbst*. Zehn Bände. Darin: *Meine ersten Siege*. Sechs Bände, übersetzt und hrsg. von Heinrich Conrad. Fünfter und sechster Band. Stuttgart o. J. (insbes. Bd. 5. S. 145–163).

Johannes Strickler (Hrsg.), *Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der Helvetischen Republik (1798–1803)*, IX. Band, Bern 1903 (Reden und Äusserungen Napoleons: S. 876ff, S. 881ff, S. 941ff).

Johannes Dierauer, *Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft*, 5. Band, erste Hälfte: 1798–1813, Gotha 1922 (insbes. S. 162–173).

Peter Stadler, *Pestalozzi. Geschichtliche Biographie*, Band 2, Zürich 1993 (insbes. S. 49–97).